Bezirkssteuern bleiben gleich, aber neues Personalreglement

Lieber ausreichend flüssige Mittel zur Hand, als auf gut Glück den Steuerfuss senken. So die klare Mehrheitsmeinung an der Höfner Bezirksversammlung. Ein Antrag auf Steuersenkung blieb chancenlos.

Die Argumente des Höfner Säckelmeisters Dominik Hug verfingen am Mittwochabend bei den anwesenden Bezirksbürgern. Den Steuerfuss beizubehalten, garantiere eine gewisse Stabilität und Kontinuität. Ein Antrag des SVP-Ortsparteipräsidenten aus Freienbach, Oliver Flühler, auf Senkung der Steuern bei den natürlichen Personen, blieb chancenlos. Bei einem Aufwand von rund 45,5 Mio. Fr. und Einnahmen von gut 45,7 Mio. Franken rechnet der Bezirk im Voranschlag 2024 mit einem Überschuss von rund 150 000 Franken. Einige Änderungen sind in der Personal- und Besoldungsverordnung des Bezirks geplant – etwa eine leicht verkürzte Arbeitszeit und ein flexibleres Pensionsalter. In Kraft treten sollen die Änderungen am 1. Mai 2024. *(red)*

Bericht Seite 2

Bezirksgemeinde Höfe lehnt Antrag auf Steuersenkung deutlich ab

Der Bezirk Höfe steht finanziell auf soliden Beinen. Der Voranschlag 2024 sieht einen kleinen «Gewinn» vor, das Eigenkapital lässt sich sehen. Und auch der Finanzplan 2025 bis 2027 verheisst keine Unbill. Dennoch oder gerade deshalb bleibt der Steuerfuss auf dem aktuellen Stand.

von Franziska Kohler

Der Bezirk Höfe legte am Mittwoch an der Bezirksgemeinde in Pfäffikon einen ausgeglichenen Voranschlag 2024 mit einem kleinen «Gewinn» von 141 550 Fr. vor – bei einem Aufwand von rund 45,5 Mio. Fr. und Einnahmen von gut 45,7 Mio. Franken. Die Nettoinvestitionen sind auf rund 26,2 Mio. Franken budgetiert und befinden sich damit auf einem ähnlichen Level wie im Vorjahr. Der Steuerfuss für natürliche und juristische Personen wird weiterhin auf 14 Prozent einer Einheit belassen. Die Stimmberechtigten hiessen den Voranschlag mit überragender Mehrheit gut – bei einigen wenigen Enthaltungen.

Steuersenkung chancenlos

Eine deutliche Abfuhr erhielt hingegen der Antrag von Oliver Flühler, Präsident der SVP Freienbach und Kantonsrat. Er wollte den ohnehin attraktiven Steuerfuss für natürliche Personen auf 13 Prozent gesenkt sehen und für juristische Personen bei 14 Prozent belassen.

Um die Begründung für das von Flühler vorgebrachte Anliegen zu verstehen, gilt es einen Blick auf den Finanzplan 2025 bis 2027 zu werfen und die höchst erfreulichen Abweichungen vom Budget der vergangenen Jahre und das mit rund 45 Mio. Fr. solide Eigenkapital im Auge zu behalten (wir berichteten).

Säckelmeister Dominik Hug hob hier in seinen Ausführungen allerdings den Mahnfinger – zum einen bedeute Eigenkapital nicht Liquidität. «Sie können damit keine Rechnungen bezahlen», hält er fest und bezeichnete es als «Hosenknöpfe, die mit Schweizer Franken angeschrieben sind». Zumal mit der Zinswende Fremdkapital bei den Banken nicht mehr so günstig zu haben sei wie noch unlängst. Zudem rechnet der Bezirk zwar mutig bei den ordentlichen Steuern mit einer Steigerung – doch seien in den Auftragsbüchern internationaler Firmen «Bremsspuren» zu erkennen. Auch in der Region kam es bereits zu Stellenabbau – womit bis vor kurzem niemand gerechnet habe.

Ab 2025 kommt zudem ein neuer Finanzausgleich zum Tragen. Die Höfe sollen neu 13,7 Mio. Fr. an andere Bezirke leisten, statt wie bisher 8,3 Mio. Franken. Netto müsse künftig mit einer Mehrbelastung von 3 Mio. Fr. gerechnet werden – trotz Entlastungen.

Den Steuerfuss beizubehalten garantiere eine gewisse Stabilität und Kontinuität.

Liquidität steht im Vordergrund

«Mit Blick auf die Finanzplanung 2025 bis 2027 kann man durchaus zu einem anderen Schluss kommen, was den Steuerfuss angebelangt», warf Oliver Flühler ein. Der Bezirk hätte gute Jahre hinter sich, mit rund 10 Mio. Fr. Mehreinnahmen als budgetiert. Hinzu kämen noch rund 7 bis 8 Mio. Fr., die in der Finanzplanung nicht eingerechnet seien, und berief sich damit auch auf die Desinvestition der Rathäuser 1 und 2 in Wollerau, die allenfalls verkauft oder neu vermietet werden sollen.

Hug berief sich in seiner Gegenargumentation wiederum auf die Problematik des Eigenkapitals. Für ihn stehe die Liquidität im Vordergrund. Ein Prozent spiele in der Steuerkette von Bund, Kanton, Gemeinde und Kirche eine geringe Rolle – aber in Bezug auf das Interesse des Bezirks, über genügend flüssige Mittel zu verfügen, um Schulden abbauen zu können, hingegen schon.

Die Versammlung stimmte, wie erwähnt, diesem Vorgehen zu.

Auch Luka Markić musste für die SP Freienbach eine Absage der Versammlung hinnehmen. Der Alt-Kantonsrat und Beisitzer stellte den Antrag, dass der Bezirk im Voranschlag 5000 Franken budgetiere, um im kommenden Jahr den Bürgerinnen und Bürgern die neukonzipierten Spartageskarten der SBB verkaufen zu können – wie dies bislang die drei Höfner Gemeinden mit den Spartageskarten nach altem Modell taten. «Diese waren in der Bevölkerung sehr beliebt», sagte Markić.

Keine Sparttageskarten

Die Gemeinden verzichten allerdings künftig auf den Service – mit der Begründung, die Abwicklung sei zu kompliziert. «Der Bezirk kann hier in die Bresche springen», hob Markić hervor. Die Begeisterung hielt sich allerdings in Grenzen. Ratsschreiberin Claudia von Euw, die Verwaltungschefin des Bezirks, wandte ein, dass nicht klar sei, ob dies überhaupt machbar sei. Lorenz Ilg, Kantonsrat und Sektionsleiter der Grünliberalen Freienbach, machte sich wiederum für das Anliegen von Markić stark. Am Ende einigte sich Markić mit dem Bezirksrat auf Anraten von Dominik Hug auf einen Kompromiss – der Bezirk solle dies abklären und falls möglich, budgetieren. Die Bezirksgemeinde konnte sich für die Idee nicht erwärmen und stimmte deutlich nein.

Für den langjährigen Bezirkskassier Christoph Müller war es am Mittwoch der letzte Auftritt – er hatte sein Amt an Irene Capaul übergeben. Er wird aber noch eine Weile als Stellvertreter erhalten bleiben.

Höfner Personalreglement kommt am 3. März an die Urne

Nach 25 Jahren ist die **Personal- und Besoldungsverordnung des Bezirks Höfe** nicht mehr zeitgemäss und soll neu aufgelegt werden. Dies macht zum jetzigen Zeitpunkt durchaus Sinn. Denn die Bezirksvorlage basiert in weiten Teilen auf dem Personal- und Besoldungsgesetz sowie der Verordnung des Kantons Schwyz. Und eben dieses wurde Anfang dieses Jahres teilrevidiert. Statthalterin Nicole Fritsche erörterte an der Höfner Bezirksversammlung, **dass der Bezirk an einer eigenen Personalgesetzgebung festhalten wolle.** Mehrkosten im Personalwesen sollen dadurch nicht entstehen. Gleich bleiben im neuen Reglement **die gewährten Feiertage und die Sozialversicherungs- und Pensionskassenregelung**. Änderungen wird es in Bezug auf das Pensionsalter geben – dies solle flexibler werden und Angestellten ermöglichen, auch länger zu arbeiten. Die **Lohnbänder** werden von 29 auf 20 **reduziert**. Zudem wird die **Arbeitszeit** von 42,5 Stunden pro Woche auf 42 verringert – gleichzeitig gelten neu **Jahresarbeitszeiten**. Auch sind Änderungen in der Ferienregelung vorgesehen. So erhalten alle **Mitarbeitenden ab 50 eine Woche Ferien zusätzlich**, sprich 30 statt 25 Arbeitstage. Die zusätzliche Woche ab 60 wird gestrichen. Die maximale Höhe einer Abfindung wird auf sechs Monate beschränkt (vorher 12 Monate). **Überbrückungsrenten** auf Wunsch von Mitarbeitenden werden nicht mehr gewährt – der Bezirksrat kann sie frühestens nach 10 Dienstjahren gewähren. **Home-office und flexible Arbeitszeiten** sollen ermöglicht werden, sofern sie mit dem Leistungsauftrag, zum Beispiel Schalteröffnungszeiten, zu vereinbaren sind. Ein **Dienstaltergeschenk** soll es nun schon nach fünf Jahren geben, nicht erst nach 10. Die revidierte Verordnung findet weiterhin **keine Anwendung bei den Lehrpersonen** – für diese gilt nach wie vor die kantonale Verordnung. Stimmt die Bevölkerung zu, folgen redaktionelle Schlussarbeiten und dann tritt das neue Reglement am **1. Mai** in Kraft. (fko)